

Beschlussempfehlung und Bericht

des Ausschusses für Wirtschaft und Technologie (9. Ausschuss)

zu dem Antrag der Abgeordneten Rainer Brüderle, Jens Ackermann, Christian Ahrendt, weiterer Abgeordneter und der Fraktion der FDP
– Drucksache 16/7112 –

Mahnungen des Sachverständigenrats ernst nehmen – Mehr Freiheit wagen

A. Problem

Sicherung der Grundlagen für Wachstum und Beschäftigung durch eine konsistente wirtschaftspolitische Reformagenda, u. a. durch Förderung internationaler Wirtschaftsverflechtung ohne Protektionismus, weitere Liberalisierung von (ehemaligen) Monopolmärkten, Verzicht auf wirtschaftlichen Monopolschutz durch Mindestlöhne; Abbau des Staatsanteils und -einflusses in Wirtschaftsunternehmen, Flexibilisierung des Kündigungsschutzes, Umstellung auf kapitalgedeckte Pflegeversicherung, Schaffung eines einfachen und gerechten Steuersystems.

B. Lösung

Ablehnung des Antrags mit den Stimmen der Fraktionen CDU/CSU, SPD, DIE LINKE. und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN gegen die Stimmen der Fraktion der FDP

C. Alternativen

Keine

D. Kosten

Kosten wurden nicht erörtert.

Beschlussempfehlung

Der Bundestag wolle beschließen,
den Antrag auf Drucksache 16/7112 abzulehnen.

Berlin, den 13. Februar 2008

Der Ausschuss für Wirtschaft und Technologie

Edelgard Bulmahn
Vorsitzende

Laurenz Meyer (Hamm)
Berichtersteller

Bericht des Abgeordneten Laurenz Meyer (Hamm)

I. Überweisung

Der Antrag auf **Drucksache 16/7112** wurde in der 126. Sitzung des Deutschen Bundestages am 15. November 2007 an den Ausschuss für Wirtschaft und Technologie zur federführenden Beratung sowie an den Finanzausschuss, den Haushaltsausschuss, den Ausschuss für Arbeit und Soziales sowie den Ausschuss für Gesundheit zur Mitberatung überwiesen.

II. Wesentlicher Inhalt des Antrags

Die antragstellende Fraktion der FDP fordert die Regierung auf, die Chancen der Globalisierung und der prosperierenden Weltwirtschaft aufzugreifen und die weitere internationale Wirtschaftsverflechtung durch Handel und Investitionen zu fördern. Protektionismus in Form einer Verschärfung des Außenwirtschaftsgesetzes sei abzulehnen. Darüber hinaus müsse die Regierung die Voraussetzungen für eine weitere Liberalisierung ehemaliger Monopolmärkte schaffen und dabei vor allem auf einen wirtschaftlichen Monopolschutz durch Mindestlöhne und Umsatzsteuerprivilegien wie bei der Deutschen Post AG verzichten. Der Staatsanteil und -einfluss in Unternehmen wie der Deutschen Post AG und der Deutschen Telekom AG müsse weiter verringert werden. Verstaatlichungen wie unter Umständen bei der Bundesdruckerei GmbH oder beim Luft- und Raumfahrtkonzern EADS sollten unterbleiben. Die Beitragsmittel der Bundesagentur für Arbeit sollten nicht in den Bundeshaushalt verschoben werden. Zudem sollten die Regelungen des Kündigungsschutzes flexibler gestaltet werden. Auf gesetzliche Mindestlöhne sei zu verzichten. Die Arbeitsmarktreformen der rot-grünen Bundesregierung, vor allem die Verkürzung der Bezugszeiten für das Arbeitslosengeld I, sollten nicht zurückgenommen werden.

Wegen der Einzelheiten wird auf die Drucksache 16/7112 verwiesen.

III. Stellungnahmen der mitberatenden Ausschüsse

Der **Finanzausschuss** hat die Vorlage in seiner 81. Sitzung am 23. Januar 2008 beraten. Er empfiehlt mit den Stimmen der Fraktionen CDU/CSU, SPD, DIE LINKE. und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN gegen die Stimmen der Fraktion der FDP die Ablehnung des Antrags.

Der **Haushaltsausschuss** hat die Vorlage in seiner 62. Sitzung am 13. Februar 2008 beraten. Er empfiehlt mit den Stimmen der Fraktionen CDU/CSU, SPD, DIE LINKE. und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN gegen die Stimmen der Fraktion der FDP die Ablehnung des Antrags.

Der **Ausschuss für Arbeit und Soziales** hat die Vorlage in seiner 77. Sitzung am 13. Februar 2008 beraten. Er empfiehlt mit den Stimmen der Fraktionen CDU/CSU, SPD, DIE LINKE. und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN gegen die Stimmen der Fraktion der FDP die Ablehnung des Antrags.

Der **Ausschuss für Gesundheit** hat die Vorlage in seiner 76. Sitzung am 13. Februar 2008 beraten. Er empfiehlt mit den Stimmen der Fraktionen CDU/CSU, SPD, DIE LINKE. und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN gegen die Stimmen der Fraktion der FDP die Ablehnung des Antrags.

IV. Beratungsverlauf und Beratungsergebnis im federführenden Ausschuss

Der **Ausschuss für Wirtschaft und Technologie** hat den Antrag auf Drucksache 16/7112 in seiner 55. Sitzung am 13. Februar 2008 abschließend beraten.

Der Ausschuss beschloss mit den Stimmen der Fraktionen CDU/CSU, SPD, DIE LINKE. und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN gegen die Stimmen der Fraktion der FDP, dem Deutschen Bundestag die Ablehnung des Antrags der Fraktion der FDP auf Drucksache 16/7112 zu empfehlen.

Berlin, den 13. Februar 2008

Laurenz Meyer (Hamm)
Berichtersteller

